

**Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am**  
**16.02.2010**

---

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 16:05 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 17:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier  
Herr Rainer Lux (Vorsitzender)  
Herr Frank Strothmann  
Herr Detlef Werner

SPD

Frau Barbara Schneider  
Frau Karin Schrader  
Herr Holm Sternbacher  
Herr Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Künnemann  
Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Ayhan Ilgün

Bürgernähe

Frau Barbara Geilhaar

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke  
Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und zentrale Leistungen  
Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen  
Frau Schürmann - Amt für Personal, Organisation und zentrale Leistungen (zu TOP 4)  
Herr Lehmkuhler - Amt für Personal, Organisation und zentrale Leistungen (zu TOP 4)  
Frau Buddemeier – Gleichstellungsstelle (zu TOP 5)  
Herr Stühmeier - Amt für Finanzen und Beteiligungen  
Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Nicht anwesend:

Herr Hans Hamann (SPD)  
Frau Barbara Schmidt (Die Linke)

**Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

Herr Buschmann erklärt, dass seine Fraktion zu den Tagesordnungspunkten 9, 10 und 11 noch Beratungsbedarf habe. Er bitte daher darum, die Punkte heute nicht zu beraten. Der Finanz- und Personalausschuss fasst daraufhin folgenden

**Beschluss:**

**Die Punkte 9 – 11 werden von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt.**

- einstimmig beschlossen -

## Öffentliche Sitzung:

### Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 2. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 28.01.2010

#### Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 28.01.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

### Zu Punkt 2 Mitteilungen

Herr Löseke verweist auf den als Tischvorlage verteilten neuen Zeitplan für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011 und erklärt, dass man mit der nunmehr auf November vorgezogenen Verabschiedung des Haushalts einem Wunsch der Bezirksregierung Detmold nachkomme. Für die frühzeitigere Verabschiedung seien allerdings zwei Sondersitzungen des Rates erforderlich. Darauf eingehend teilt Herr Lux mit, dass es seines Erachtens denkbar sei, dafür die ein oder andere bislang vorgesehene planmäßige Sitzung entfallen zu lassen. Der Zeitplan wird als **Anlage 3** dem Protokoll nochmals beigefügt.

---

### Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

---

#### Zu Punkt 4

### 6. Fortschreibung des Personalentwicklungskonzepts der Stadt Bielefeld

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0484/2009-2014

Frau Schürmann berichtet, dass nunmehr nach der 1. Auflage aus dem Jahre 2003 die 6. Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes vorliege. Sie erklärt, dass insbesondere die Personalentwicklung den allgemeinen Rahmenbedingungen Rechnung tragen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte in die Lage versetzen müsse, ihre Aufgaben auch unter Berücksichtigung enger finanzieller Spielräume zu erfüllen. Nach einem kurzen Überblick über den etwas veränderten inhaltlichen Aufbau des Personalentwicklungskonzeptes weist sie auf die drei neu aufgenommenen Handlungsfelder hin. Am Beispiel des neuen Handlungsfeldes „Personalmanagement im Hinblick auf die demografische Entwicklung“ erläutert sie den bestehenden Handlungsbedarf, der sich aus dem relativ hohen Durchschnittsalter der städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ergebe. Weiter weist sie darauf hin, dass geplant sei, in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Bielefeld – Fachbereich Wirtschaft - eine Wirksamkeitsanalyse vorzunehmen, deren Ergebnisse voraussichtlich im kommenden Jahr vorliegen. Die Präsentation zum Personalentwicklungskonzept ist als **Anlage 4** diesem Protokoll beigelegt.

Im Hinblick auf das Handlungsfeld „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“ verweist Frau Künnemann auf das Problem, dass Personen mit Zuwanderungsgeschichte, die ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, bei den Betrachtungen außen vor bleiben, da sie statistisch nicht erfasst werden. Herr Lehmkuhler bestätigt diese Einschätzung und führt aus, dass es leider keine andere Möglichkeit gebe, als von der Definition des Zuwanderungsbegriffs auszugehen, der den statistischen Daten des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen zugrunde liege. Lediglich auf dieser Basis gebe es auswertbare Vergleichsdaten. Weiter führt er aus, dass es zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund schon heute konkrete Maßnahmen gebe. So betreibe man zum Beispiel aktiv Werbung im Rahmen von Betriebsenkundigungen durch Schulen, um die Stadt Bielefeld als Arbeitgeber bei jugendlichen Migranten bekannt zu machen. Herr Sternbacher dankt Frau Schürmann zunächst für die Vorstellung des Personalentwicklungskonzeptes und stellt fest, dass auch schwierige Themen wie das Beurteilungssystem für Beamte Berücksichtigung finden. Für ihn stelle sich allerdings die Frage, welche Auswirkungen sich aus der Besetzung der Stelle der Gesundheitsmanagerin/des Gesundheitsmanagers konkret ergeben. Dazu teilt Herr Lehmkuhler mit, dass insbesondere eine bessere Verzahnung und Abstimmung der Maßnahmen zur Gesundheitsförderung innerhalb der Stadt Bielefeld erfolgen solle. Herr Rees stellt fest, dass die demografische Entwicklung im Hinblick auf das Personalmanagement ein sehr beachtenswerter Punkt sei. Es müsse verhindert werden, dass durch eine Überalterung des Personals Einschränkungen in der Aufgabenwahrnehmung entstehen. Außerdem könne er das Anliegen der Stadt, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für Ausbildungsberufe zu gewinnen, nur unterstützen. Seines Erachtens sei die Quote im Vergleich zu der Situation in den Schulen viel zu gering. Im Übrigen bewerte er die geplante Wirksamkeitsanalyse positiv und sehe den Ergebnissen mit großem Interesse entgegen. Frau Schrader verweist abschlie-

ßend auf ein EU-Projekt, in dessen Rahmen bei den Stadtwerken zum Beispiel in Kooperation mit der Agentur für Arbeit Elternabende mit Beschäftigten durchgeführt werden, um auf diesem Wege über Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Unternehmen zu informieren.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss stimmt der 6. Fortschreibung des Personalentwicklungskonzepts zum 01.01.2010 der Stadt Bielefeld zu.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 5**

**Zwischenbericht zum Frauenförderplan**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 0485/2009-2014

Frau Buddemeier erklärt, dass sich die Frauenquoten in vielen Berufsgruppen bei der Stadt Bielefeld ausgesprochen positiv entwickeln. In vielen Bereichen seien die Zielwerte bereits erreicht. Darüber hinaus werde insbesondere der Thematik der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf große Beachtung geschenkt. So sei aktuell gemeinsam mit der REGE das Projekt „Familie und Unternehmen“ in Planung, das voraussichtlich überwiegend aus Zuschussmitteln finanziert werden könne. Außerdem genieße dieses Thema große Beachtung im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen mit dem Ziel, die Erwerbsbiographien der überwiegend pflegenden Frauen möglichst nicht zu beeinträchtigen. Frau Künnemann stellt fest, dass sie den Eindruck habe, dass im Hinblick auf die bereits erreichten Quoten einige Zielvorgaben höher hätten ausfallen können. Frau Buddemeier erklärt, dass es teilweise schwierig sei, entsprechende Quoten zu ermitteln. Zu beachten seien dabei zum Beispiel der Anteil der Frauen in bestimmten Berufsgruppen am Arbeitsmarkt, die Auswirkungen von Fluktuationen und eine realistische Einschätzung erreichbarer Quoten. Teilweise ergäbe sich lediglich durch Personaleinsparungen ein höherer Frauenanteil am Gesamtpersonal. Insgesamt sei die Stadt Bielefeld jedoch im Landesdurchschnitt gut aufgestellt. Auf eine weitere Nachfrage von Frau Künnemann führt Frau Buddemeier aus, dass in den Berufen mit Übernahmegarantien die Anzahl der weiblichen Auszubildenden überwiege. Die Stadt bilde zwar auch in gewerblich/technischen Berufen aus; in diesen Berufsfeldern komme es nach der Ausbildung aber nur in Ausnahmefällen zu einer Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss stimmt dem Zwischenbericht zum Frauenförderplan zu.**

- einstimmig beschlossen -

---

## Zu Punkt 6

### Aktuelle Haushaltssituation der Stadt Bielefeld und Perspektiven

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0504/2009-2014

Herr Löseke erläutert kurz die Informationsvorlage und geht dabei insbesondere auf die in den Jahren 2010 – 2014 zu erwartenden Fehlbeträge ein. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass in die vorliegende Aufstellung noch keinerlei Gegensteuerungsmaßnahmen eingeflossen sind. Deutlich werde jedoch, dass sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite Handlungserfordernisse bestehen. Allein der für 2009 zu erwartende Fehlbetrag verzehre ca. 2/3 der voraussichtlich in der Eröffnungsbilanz auszuweisenden Ausgleichsrücklage von insgesamt 206 Mio. €. Das verbleibende Eigenkapital belaufe sich dann noch auf rd. 920 Mio. €.

Herr Rees dankt der Verwaltung für die Informationsvorlage und stellt fest, dass das Eigenkapital der Stadt bei der dargestellten Entwicklung bereits im Jahre 2015 aufgezehrt sei. Allein unter diesem Aspekt dürfe es zu keiner Verzögerung bei der Haushaltskonsolidierung kommen. Zu beachten sei darüber hinaus die Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung. Man habe sich schließlich schon mit der für 2010 vorzunehmenden Erhöhung der Ermächtigung auf 550 Mio. € schwer getan. Da das vorliegende Zahlenwerk dringenden Handlungsbedarf signalisiere, begrüße er das zeitliche Vorziehen der Beschlussfassung zum Haushalt und die bereits begonnene Auseinandersetzung mit möglichen Konsolidierungsmaßnahmen. Auf einige der dargestellten Kostenblöcke eingehend erklärt Herr Rees weiter, dass es beim Personalaufwand sicherlich Einflussmöglichkeiten gebe, während die Entwicklung im Sozialbereich nur schwer steuerbar sein dürfte. Inhaltlich könne sich die Stadt bis 2014 bei ihren Konsolidierungsbemühungen lediglich mit einem anzuerkennenden strukturellen Defizit in Höhe von rd. 40 Mio. € auseinandersetzen. Die darüber hinaus gehenden Fehlbeträge seien der Wirtschaftskrise, der Umstellung auf das NKF und einer finanziell nicht ausgeglichenen Aufgabenverlagerung auf die Stadt geschuldet. Herr Werner merkt dazu kritisch an, dass seines Erachtens ein Vorziehen der Haushaltsverabschiedung um lediglich 22 Tage nicht ausreichend sei. Sinnvoll sei vielmehr eine Beschlussfassung noch vor der Sommerpause. Außerdem sei für ein erfolgreiches Konsolidierungsverfahren ein Gesamtkonzept erforderlich. Herr Sternbacher stimmt Herrn Werner in diesem Punkt zu und erklärt weiter, dass für ein Gesamtkonzept zunächst aber auch ein Gesamtüberblick über die aktuelle Situation vorliegen müsse. Herr Buschmann stimmt dem ebenfalls zu und führt weiter aus, dass aus seiner Sicht die bereits angedachten Ertragssteigerungen nachvollziehbar seien. Wichtig sei es jedoch insgesamt eine gemeinsame Basis zu finden. Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Buschmann erläutert Herr Löseke, dass man bei der Kalkulation des Gewerbesteueransatzes 2009 bereits deutlich unter dem Rechnungsergebnis 2008 geblieben sei und sich annähernd im Rahmen der Daten der Steuerschätzung bewegt habe. Die dann in der Realität eingetretenen Steuerausfälle seien in ihrem Umfang nicht vorhersehbar gewesen. Grundsätzlich müsse man die Steuerkalkulationen der Stadt Bielefeld als eher konservativ einschätzen. Herr Schulze erklärt abschließend, dass die Stadt Bielefeld in der Vergangenheit bereits bewiesen habe, dass sie erfolgreiche Haushaltskonsolidierung

leisten könne. Wichtig sei es jedoch, den Bürger auf entsprechende Folgen vorzubereiten und einzubeziehen. Auch für ihn sei ein Gesamtkonzept für die Haushaltskonsolidierung unerlässlich. In diesem Zusammenhang sei dann auch zu prüfen, ob Steuererhöhungen tatsächlich erforderlich sind.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Bericht zur aktuellen Haushaltssituation der Stadt Bielefeld zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Kreditaufnahmen - Allgemeine Information**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0476/2009-2014

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die allgemeinen Informationen zum Verfahren bei Kreditaufnahmen zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Stand der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II von Freien Trägern**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0467/2009-2014

Herr Berens erklärt, dass es über den Inhalt der Informationsvorlage noch zwei weitere ergänzende Informationen zum Konjunkturpaket II gebe. Zum einem könne er mitteilen, dass die Erhebung durch den Bundesrechnungshof in Bielefeld lediglich im Zeitraum vom 03.02. bis 08.02.2010 stattgefunden habe. Erhebungen wurden ausschließlich bei städtischen Maßnahmen durchgeführt; Maßnahmen freier Träger blieben unberücksichtigt. Die beiden in Bielefeld eingesetzten Prüfer seien überwiegend im Wege des Aktenstudiums an die benötigten Daten gelangt; zwei Schulbaumaßnahmen habe man im Rahmen eines Ortstermins in Augenschein genommen. Die erhobenen Daten werden je Maßnahme in einem Prüfraster erfasst. Dieses werde der Stadt Bielefeld in Kürze zur Verfügung gestellt, um die darin enthaltenen Angaben prüfen und ggf. korrigieren zu können. Zum anderen habe die Bezirksregierung Detmold mitgeteilt, dass die Konjunkturpaketmaßnahmen der Stadt Bielefeld als HSK-Kommune nunmehr einem Mitzeichnungserfordernis durch die Kommunalaufsicht unterliegen. Ursächlich hierfür sei der § 7 Investitionsförderungsgesetz NRW, wonach Investitionsvorhaben von Gemeinden mit nicht genehmigungsfähigen HSK künftige Haushalte entlasten sollen. Durch das nun erforderliche Mitzeichnungsverfahren ergebe sich bei künftigen Mittelabrufen ein zusätzlicher Verfahrensschritt. Auf eine ent-

sprechende Nachfrage von Herrn Sternbacher teilt Herr Berens mit, dass die Wirtschaftlichkeit bei den meisten Investitionsvorhaben nachweisbar, in Einzelfällen allerdings auch noch mal zu prüfen sei.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Stand der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II von Freien Trägern zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 9**      **Satzung über die Festsetzung des Hebesatzes der Grundsteuer B in Bielefeld**  
Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 0345/2009-2014

abgesetzt

-.-.-

**Zu Punkt 10**      **Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Bielefeld**  
Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 0491/2009-2014

abgesetzt

-.-.-

**Zu Punkt 11**      **2. Nachtragssatzung zur Vergnügungssteuersatzung**  
Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 0347/2009-2014

abgesetzt

-.-.-

Zu Punkt 12

**Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)**

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

